Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Attrappen Knallbonbons 21 Am See | KOTILLON | Oscar Fischer | Luxus-Kartonnagen Am See 21

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 5 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite (Zeile 20 Pfg.); die 2spaltige Zeile auf Privatseite 60 Pfg., als Eingesandt (Zeile 60 Pfg. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Privatseite und als Eingesandt 60 Pfg. Anzeigen gegen Vorausbezahlung nur gegen Barzahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Seidel & Naumanns Nähmaschinen
Haupt-Niederlage: H. Niedenführ, Struvestrasse 9, zunächst d. Prager Str.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! Dresden Guthmann's Cosmos-Seife Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Masken- u. Theatergarderoben-Verleih-Institut Max Jacobi Nachf. E. Müller & Co.
Dresden-A., Galeriestrasse 22/24 ✱ Fernsprecher: No. 3603
Ältestes und anerkannt gediegenstes Geschäft dieser Branche
halten sich bei Bedarf bestens empfohlen.
Grösste Auswahl. Zivile Preise. Katalog gratis und franko.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19 (Kleines Rathaus).

Nr. 14. Spiegel: Marokko-Konferenz. Hofnachrichten, Verband der Industriellen, Landtagsverhandlungen, Gerichtsverhandlungen. Kriegsgerüchte u. Marokko-Konferenz. „Unser Theodor". | Wahrschl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Dienstag, 16. Januar 1906.**

Zur Eröffnung der Marokko-Konferenz.

Mit begreiflicher Spannung, in wachsender Unruhe blicken die europäischen Großmächte, blickt die gesamte friedliebende Kulturwelt in diesen Tagen auf das kleine, von der Festung Gibraltar beherrschte spanische Städtchen Algeciras, wo heute die Marokko-Konferenz eröffnet wird und wo vielleicht folgenschwere Entschlüsse gefaßt, sicher aber wertvolle Aufschlüsse über die gegenwärtige Gruppierung und die politischen Beziehungen unter den am Welthandel beteiligten Mächten gegeben werden. Die Vorgeschichte der Marokko-Konferenz ist zu bekannt, als daß sie einer neuerlichen Darstellung bedürfte. Es soll nur, um einer auch im Reichstage von sozialdemokratischer Seite wiederholt vertretenen Auffassung entgegenzutreten, daran erinnert werden, daß das englisch-französische Einvernehmen älteren Datums ist als für Deutschland die Marokko-Frage. Zuzugeben ist freilich, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich eine Förderung erfahren haben, als Deutschland sich veranlaßt sah, im eigenen Interesse als Fürsprecher der Signatarmächte des Madrider Vertrages von 1880 aufzutreten und die marokkanische Politik Delcassés, deren Ziele im Einverständnis mit England sich in der Stille verwirklichen sollten, durch schonungslose Aufdeckung der Vorgänge beim Abschluß des englisch-französischen Marokko-Abkommens zu durchkreuzen. Die Berechtigung zu diesem Schritte kann der deutschen Regierung im Ernste nicht bestritten werden. Die Geschäfte einer Nation von 60 Millionen Menschen, die intellektuell und technisch hervorragend tüchtig ist und ihre Leistungsfähigkeit erheblich schneller als ihre natürlichen, an den historischen Verhältnissen gegebenen Hilfsquellen wachsen sieht, können nicht von der Warte der Tagespolitik aus beurteilt und von heute auf morgen gewissenhaft geführt werden. Dem deutschen Volke, das ja kaum ein Menschenalter als eine einheitliche Nation durchlebt hat, ist eine solche Politik naturgemäß fremd; der Zeitpunkt mußte aber einmal kommen — und er ist bei dem enormen Wachstum der Bevölkerung schneller gekommen, als man es voraussehen konnte —, wo in allen Fragen der auswärtigen Politik dieser Faktor, der die deutsche Volkswirtschaft ganz und gar beherrscht und jede staatsmännische Rechnung ausschlaggebend bestimmt, so sorgsam wie nur irgend möglich berücksichtigt werden muß. Eine vorschauende Politik muß beizeiten die nötigen Schritte tun, um der Industrie und dem Handel des Reiches ausreichende, entwicklungsfähige und vor allem unter loyalen Bedingungen zugängliche Betätigungsgebiete zu sichern.

An dem Rechtstitel wie an der inneren Notwendigkeit der deutschen Marokko-Politik kann also nicht der geringste Zweifel obwalten. Leider ist es ebenso unzweifelhaft, daß die deutsche Regierung trotz ihrer unbestreitbaren Rechte nicht mit derjenigen Kraft in Algeciras auftreten kann, die allein einen vollen Erfolg verbürgt. Die Gründe dafür sind einmal zu suchen in der Animosität und nervösen Unruhe, in die der Erfolg der deutschen wirtschaftlichen Arbeit die Bevölkerung und Regierung des Britischen Reiches versetzt hat. Die wohlberechnete, durch nahezu 3 Jahre betriebene Agitation der Chamberlainschen Schutzzollbewegung hat das eine Ziel, das sie anstrebte, die Abkehr vom Freihandel und die Herstellung einer engeren wirtschaftlichen und politischen Reichseinheit, bisher nicht zu erreichen vermocht, aber die gleichfalls gewollte sekundäre Wirkung, die „deutsche Gefahr" dem englischen Handelsherrn und Industriearbeiter übermächtig erscheinen zu lassen, ist in vollem Umfange eingetreten oder ist auf dem besten Wege, sich durchzusetzen. Mit dem gleichen Schreckrufe von der „deutschen Gefahr", die durch die Vorstellung deutscher Eroberungsabsichten auf die Rhein- und Scheldemündung nur noch erweitert wurde, mußte die englische Regierung eine Reihe kleinerer Staaten, Belgien, die Niederlande und Dänemark, zu alarmieren. Die französische Republik begriff, wohin diese Politik zielte, und bemühte sich ihrerseits, Italien dem Dreibunde abwendig zu machen und Spanien, das ursprünglich für den deutschen Rechtsstandpunkt rückhaltlos eingetreten war, unter Vorspiegelung gewisser günstiger Aussichten, die sich dem im amerikanischen Kriege von 1898 schwer geschädigten Staate angeblich böten, für die französischen Ansprüche zu interessieren. In kurzem wird sich zeigen müssen, inwieweit namentlich in Italien und Spanien die britisch-französische Werbung Zugkraft besessen hat. Den wahren Charakter der anglo-gallischen Allianzpolitik aber offenbart der Umstand, daß, wie Londoner Blätter konservativer Richtung zu melden wissen, der Versuch gemacht wurde, auch Rußland auf die Seite der Gegner Deutschlands hinüberzuziehen, und zwar soll dies geschehen oder geschehen sein durch gewisse Zusicherungen inbezug der russischen Interessensphäre in Zentralasien. Nimmt man dazu, daß die erstmalige offene Erklärung der amerikanischen Delegierten White und Gummere, den Standpunkt der Gleichberechtigung wahren und für die Politik der offenen Tür eintreten zu wollen, einer Gelegenheits- und Interessentaktik Platz gemacht hat, indem in jedem Stadium der Verhandlungen von Fall zu Fall die Weisungen der Regierung in Washington eingeholt werden sollen, so muß man die Ueberzeugung gewinnen, daß Deutschland mit einem Isolierungssystem zu rechnen hat, wie es in der Geschichte der Staatenentwicklung bisher unerhört ist.

Das Bedenklichste und Bedrückendste der gegenwärtigen Lage aber ist, daß die deutsche Nation den ringsum andrängenden Feinden und Gefahren nicht einig und stark gegenübersteht. Wer die Arbeit und leider auch die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie seit dem ersten Aufflammen der Revolution in Rußland verfolgt hat, kann weiten Kreisen des deutschen Volkes, soweit sie solches Treiben geduldet oder gar unterstützt haben, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die an sich äußerst schwierige Stellung Deutschlands noch ganz erheblich geschwächt und geschädigt haben. Der Führer der deutschen Sozialdemokratie hat wiederholt im Reichstage erklärt, daß die deutsche Regierung auf die bedingungslose Unterstützung der waffenfähigen Mannschaft nicht rechnen könne, daß diese so weit im Banne der roten Internationale befangen sei, daß sie die Entscheidung darüber, ob die für jeden anständigen und ehrliebenden Bürger selbstverständliche Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen oder Hoch- und Landesverrat zu üben sei, aus dem Munde der sozialdemokratischen Parteileitung entgegenzunehmen habe. Das hat der deutschen Sache sicherlich mehr noch als alle deutschfeindlichen Umtriebe des Auslandes geschadet! Leider hat Sachsen in diesem Zusammenhange mit seinen blutigen Straßenkrawallen eine über die engeren Grenzen unseres Vaterlandes hinausreichende allgemein-deutsche Bedeutung erlangt, denn hier sind revolutionäre Phrasen zum ersten Male zur Tat geworden, hier hat man zum ersten Male versucht, den „dumpfen Massentritt der Arbeiter-Bataillone" zur Durchsetzung sozialistischer Forderungen auszuspielen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Dezember-Ereignisse in Dresden, Leipzig und Chemnitz wie ein Signal auf die Genossen im übrigen Reiche gewirkt und den Anstoß für die in Preußen binnen kurzem einsetzenden Straßendemonstrationen gegeben haben, und daß somit die Entwicklung der innersächsischen Verhältnisse eine große, bedauerlicherweise aber recht ungünstige Rückwirkung auf die glatte Führung der großdeutschen Politik — auch auf auswärtigem Gebiet — gehabt hat und eventuell noch ferner haben könnte. Für den 21. dieses Monats, also wenige Tage nach der Eröffnung der Konferenz, acht Tage vor dem Geburtstage des Deutschen Kaisers, sind in Berlin und Vororten Massen-Protestversammlungen gegen das preußische Wahlrecht angekündigt. Da die Polizei Straßenumzüge nicht dulden, die Sozialdemokratie aber nach ihrer neuesten Erklärung auf dieses Demonstrationsmittel nicht verzichten will, erscheinen schwere Störungen der Ordnung und ernste Auftritte nicht ausgeschlossen. In Algeciras aber sollen gleichzeitig die deutschen Bevollmächtigten Tattenbach und Rosen gegen eine Welt von Widersachern und Neidern ankämpfen! Wie die deutsche Diplomatie dieses Kunststück fertigbringen soll, ist ein undurchdringliches Geheimnis ... Hoffentlich gelingt es ihr aber dennoch unter der bewährten Leitung des Fürsten Bülow, Deutschlands Interessen und Ehre in vollem Umfang zu wahren; An der Unterstützung aller nationalgesinnten Kreise soll es nicht fehlen!

Neueste Drahtmeldungen vom 15. Januar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das sehr dünn besetzte Haus genehmigt in dritter Lesung den Niederlassungsvertrag mit Holland und den Vertrag mit der Schweiz wegen Errichtung deutscher Zollabfertigungsstellen auf den linksrheinischen Bahnhöfen in Basel, worauf Abg. Roeren (Zentr.) seine Interpellation, betr. Entlassung des Landwehr-Offiziers Fritz Feldhaus mit schlichtem Abschied wegen unterlassener Neuaufforderung zum Zweikampf begründet. Die Entrüstung über diesen Fall sei im Rheinlande um so größer gewesen, als es sich hier um einen direkten amtlichen Zwang zur Neuaufforderung zum Duell gehandelt habe. Sachlich sei der Rechtsanwalt und Notar Feldhaus durchaus im Recht gewesen, da sein Beleidiger, der junge Arzt Göpel, von dem ordentlichen Gericht zu der höchsten zulässigen Strafe verurteilt und vom Gerichte in der Begründung des Urteils das Verhalten Göpels als im höchsten Maße provokatorisch und frivol gekennzeichnet worden sei. Der Brigadekommandeur habe auch an den Ehrenrat geschrieben: „Der Leutnant Feldhaus sei gegen solche Provokationen zu schützen!" Trotzdem habe der Ehrenrat den Feldhaus für unwürdig erklärt, länger dem Offizierkorps anzugehören. Wenn es schon unwürdig sein solle, daß jemand — und noch dazu ein Rechtsanwalt und Notar — an die ordentlichen Gerichte appelliere, so liege darin eine ungeheuerliche Mißachtung der Gesetze und der Rechtsprechung und eine unglaubliche Ueberhebung eines einzelnen Standes gegenüber der Zivilbevölkerung. Dadurch könne die Kluft zwischen Militär und Zivil nur verschärft werden. Als unwürdig hätte Feldhaus, ein Familienvater, von der ganzen zivilisierten Welt nur dann betrachtet werden müssen, wenn er sich feige einer auf verkehrten Anschauungen beruhenden Sitte oder vielmehr Unsitte gebeugt hätte. Dazu komme, wie Feldhaus vor dem Ehrengericht erklärte, daß er das Duell mit seinen Grundsätzen als Katholik nicht zu vereinigen vermöge. Eine Duell-Ablehnung liege gar nicht einmal vor, denn der Ehrenrat habe in diesem Falle das Duell gar nicht für notwendig erachtet. Also nur wegen jener grundsätzlichen Erklärung des Feldhaus habe man diesen amtlich für „unwürdig" erklärt. — Minister v. Einem beruft sich auf den Erlaß Kaiser Wilhelms I. vom 2. Mai 1872, wonach in der Armee weder ein Offizier zu dulden sei, der die Ehre eines anderen frevelhaft verletze, noch auch ein Offizier, der seine Ehre nicht zu wahren wisse. Im vorliegenden Falle habe das Divisions-Ehrengericht entschieden, daß Feldhaus zu entlassen sei, und der Kaiser habe am 5. September diesen Spruch bestätigt. Die Gründe für diesen Spruch könne er nicht anführen, denn sie seien ihrer ganzen Natur nach geheim. Aus den Akten lasse sich einiges ersehen. Der Arzt Göpel habe sich wegen Ablehnung seiner Honorarforderung verletzt gezeigt und deshalb ein Schreiben an Feldhaus gerichtet, das entschieden beleidigend war. Hätte jetzt Feldhaus sich an den Ehrenrat gewendet, so wäre die Sache sicherlich beglichen worden. (Widerspruch.) Er habe das erst getan, als es zu spät war. Wäre Göpel Sanitäts-Offizier gewesen, so hätte sich vielleicht ein Weg finden lassen, die Sache zu begleichen. Vielleicht gibt dieser Fall wieder Anregung zu entsprechenden Einrichtungen. Wenn der Herr Interpellant von der Kluft zwischen dem Offizierstand und dem Zivil gesprochen habe, so sei nicht der Offizierstand der Träger des Duells. Weite Kreise des Zivils huldigten noch heute dieser Sitte! Redner verliest dann im Auftrage des Reichskanzlers folgende Erklärung: Zur Austragung von Ehrenhändeln besteht die Sitte des Zweikampfes in weiten Kreisen gebildeter Stände. Im Offizierkorps ist der Zweikampf in wirksamer Weise durch die Verordnung von 1897 bekämpft worden. Eine weitere Abhilfe kann nur erfolgen durch Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Bestrafung von Beleidigungen und Bestrafung des Zweikampfes. Eine solche Abänderung ist schon erwogen worden und wird weiter im Auge behalten werden, aber alle diese Abänderungen sind nur möglich im Zusammenhange mit der in Vorbereitung befindlichen Revision des Strafgesetzbuches. Solange die Duellsitte in weiten Kreisen besteht, kann jedenfalls das Offizierkorps unter sich kein Mitglied dulden, welches es unterläßt, seine Ehre zu wahren! (Stürmische Bewegung. Rufe links: Aufforderung zur Ungesetzlichkeit!) Zu dieser Erklärung des Reichskanzlers fügt der Minister dann noch hinzu: Die Verordnung von 1897, worin es heißt: Ich will, daß dem Zweikampfe in höherem Maße als bisher entgegengetreten werde, hat jedenfalls die Folge gehabt, daß in den letzten Jahren nur ein einziges Duell zwischen aktiven Offizieren stattgefunden hat. Das ist gewiß eine günstige Wirkung! (Beifall rechts.) Abg. Himburg (kons.) äußert sich kurz im Sinne der Ausführungen des Ministers. — Abg. Dove (freis. Vereinig.) verweist auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, wonach die Mitwirkung an einem Ehrengericht, das zu einem Zweikampf nötige, strafbar sei. Wollte der Reichskanzler die heute verlesene Erklärung außerhalb des Reichstages abgeben, so würde auch er jedenfalls als Anstifter belangt werden können. Wollten wir auf die Revision des Strafgesetzbuches warten, so könnten darüber Jahrzehnte vergehen. Die heute verhandelten Mißstände vertragen nicht, daß ihre Abhilfe auf die lange Bank geschoben werde. Die Exklusivität des Offizierstandes, die früher bestanden, ist vor 100 Jahren zusammengebrochen unter Scharnhorst und Gneisenau. Jetzt kommt es darauf an, auch die Reste zu beseitigen, um endlich dem Gesetze und der Gleichheit aller vor dem Gesetze Geltung und Respekt zu verschaffen. (Beifall links.) — Abg. Bassermann (nat.-lib.) stimmt dem Reichskanzler darin bei, daß die Duelle eine Einschränkung erfahren müßten, wenn Beleidigungen strenger verfolgt würden. Gegen das Duell sei mit drakonischen Strafen nichts zu machen, wie die Erfahrung schon im Mittelalter gezeigt habe. Schwere Bestrafungen der Beleidigungen versprechen mehr Erfolg. Freilich, wenn man da auf eine Revision des gesamten Strafrechts warten wollte, so würde der beklagenswerte Zustand wohl noch jahrzehnte andauern. — Abg. Dr. Bachem (Zentr.): Für die große Masse des recht- und gesetzliebenden Teiles des deutschen Volkes würden die Erklärungen des Reichskanzlers wie ein Schlag ins Gesicht empfunden. Mir ist es eiskalt über den Rücken gelaufen, als ich die Erklärung hörte, daß das Offizierkorps kein Mitglied dulden kann, welches nicht im gegebenen Falle das bestehende Strafgesetz benutzt und absichtlich verletzt. Wie können Sie da noch Achtung vor dem Gesetze von anderen verlangen? Sie muß das das Rechtsbewußtsein des Volkes verwirren! (Sehr richtig!) Will Fürst Bülow weiter Anspruch auf den Namen eines christlichen Reichskanzlers machen, so muß er den Schaden, den er durch seine heutige Erklärung angerichtet hat, wieder gut machen. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Bebel (Soz.): Zum ersten Male wohl in einem Parlamente hat der oberste Beamte eines Staatswesens, der doch die Aufgabe habe, Recht und Gesetz zu schützen, eine feierliche Erklärung abgegeben, die nichts Geringeres besagt, als daß es für gewisse Klassen Gesetz und Recht überhaupt nicht gibt, und daß diese Klassen vielmehr Recht und Gesetz mit Füßen treten dürfen, wenn das ihren Auffassungen von „Ehre" entspricht. Die Erklärung des Kanzlers falle direkt unter den § 110 des Strafgesetzbuches: öffentliche Aufforderung zur Mißachtung und Uebertretung der Gesetze. Ein besseres Agitationsmittel, als die heutige Erklärung des Reichskanzlers, konnten sich die Sozialdemokraten für ihre nächsten Sonntags-Versammlungen gar nicht wünschen. (Heiterkeit. Beifall.) Bei den Korps spielten auch die Pistolenkarten dieselbe Rolle, wie die Bundestafeln bei den alten Juden. (Heiterkeit.) — Abg. Träger (freis. Volksp.) übt ebenfalls scharfe Kritik an der Erklärung des Reichskanzlers, wie er sich heute als duellwütiger Kavallerist verkleidet habe. — Abg. v. Tiedemann (Reichsp.) meint, daß unter Umständen das Duell eine Notwendigkeit und nicht zu umgehen sei. (Widerspruch links. Zuruf: Wenn der Beleidigte fällt ...) So hat er wenigstens seine Pflicht getan. (Rechts links.) Er selbst könne die Erklärung des Reichskanzlers nur mit Genugtuung begrüßen. Der Ehrbegriff des Offizierstandes werde noch ganz andere Angriffe überdauern, als den heutigen Sturmlauf. — Abg. Stöcker (christl.-soz.) bedauert den Verlauf der heutigen Verhandlung. Daß das Duell, obschon es anerkanntermaßen gegen Gottes Gebot sei, trotzdem noch amtlich gefördert werde, das sei das Schlimmste. — Kriegsminister v. Einem: Nur durch Erziehung und nicht durch schwere Strafen rotten Sie eine Sitte aus. Die Erklärung des Reichskanzlers besagt in keiner Weise,